



Budget 2023 und Finanzplan 2023–2026: Bedarf an zusätzlichen Personalstellen

Zusatzbericht und -antrag des Regierungsrats vom 25. Oktober 2022

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

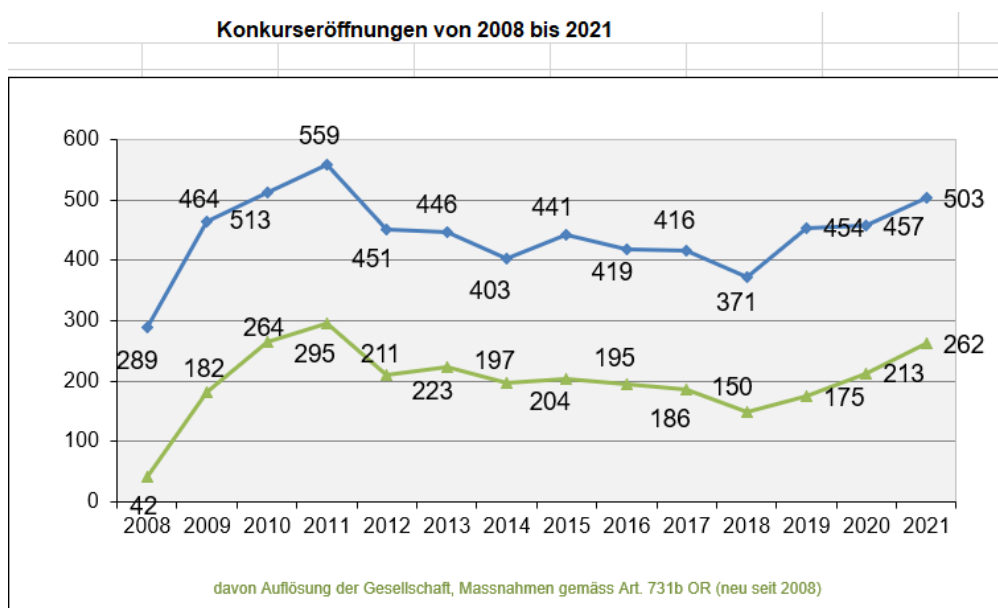
Der Regierungsrat hat das Budget 2023 und den Finanzplan 2023–2026 am 6. September 2022 zu Händen des Kantonsrats verabschiedet. In das Budget 2023 wurden 49,69 Stellen aufgenommen. Seit der Budgetphase in den Ämtern und Direktionen haben sich verschiedene nicht vorhersehbare Entwicklungen ergeben, welche es notwendig machen, auf diesen Entscheidung zurückzukommen.

Der Regierungsrat gliedert seinen Bericht wie folgt:

1. Handelsregister- und Konkursamt
2. Direktionssekretariat Finanzdirektion
3. Finanzverwaltung
4. Finanzielle Auswirkungen
5. Antrag

1. Handelsregister- und Konkursamt

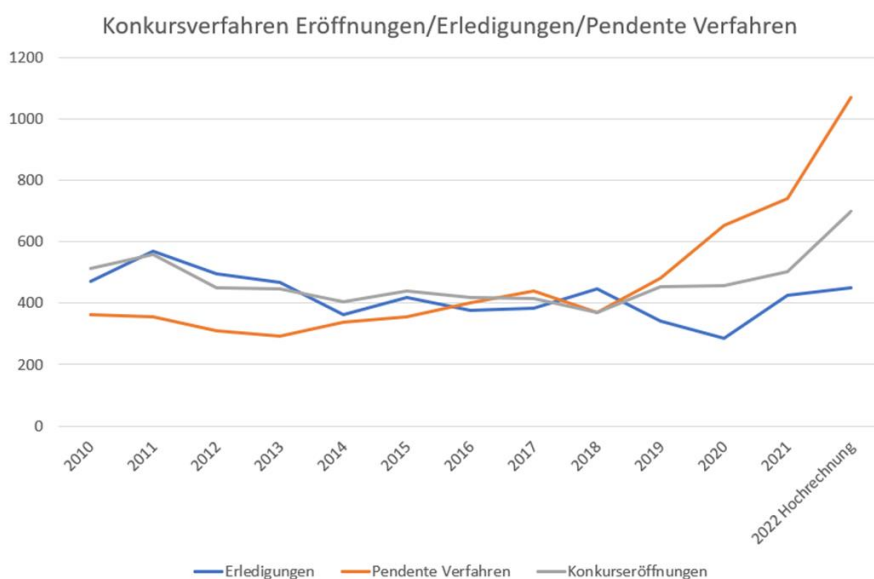
Im Jahr 2022 wurden beim Konkursamt bis Ende September bereits 523 Konkurse eröffnet, was hochgerechnet für das ganze Jahr 700 Konkurseröffnungen erwarten lässt. Dieser massive Anstieg bei den Konkurseröffnungen im Jahr 2022 im Vergleich zu den Vorjahren ist einer Revision des Obligationenrechts geschuldet, die am 1. Januar 2021 in Kraft getreten ist. Im Zuge dieser Änderung wurde der Anwendungsbereich von Art. 731b OR (Organisationsmangel) in dem Sinne ausgedehnt, dass auch das Fehlen eines Rechtsdomizils als Mangel in der Organisation zu behandeln ist. Dies hat zur Konsequenz, dass auch ein fehlendes Rechtsdomizil zu einer Konkurseröffnung und somit zu einem Konkursverfahren führt. Seit Anfang 2022 bis Ende September 2022 wurden im Kanton Zug bereits 308 Konkurse infolge Organisationsmangels eröffnet. Hochgerechnet auf das ganze Jahr ergibt dies etwas mehr als 410 Konkursverfahren aufgrund von Organisationsmängeln, was einer Zunahme von 157 Prozent gegenüber dem Vorjahr (262) entspricht. Es muss damit gerechnet werden, dass sich die Fallzahlen über die nächsten Jahre auf diesem hohen Niveau einpendeln werden. Zudem treten in naher Zukunft verschiedene Gesetzesänderungen in Kraft, die zu einer weiteren Zunahme der Anzahl Konkurseröffnungen führen werden (z. B. Einführung der Konkursbetreuung für Forderungen aus öffentlichem Recht und eines konkursrechtlichen Sanierungsverfahrens für natürliche Personen). Überdies wird die Anzahl Konkurseröffnungen auch aufgrund der zunehmenden Anzahl im Kanton Zug ansässiger Unternehmen ansteigen.



blau: Gesamtzahl der Konkurseröffnungen

grün: Konkurseröffnungen infolge eines Organisationsmangels

Es zeigt sich, dass die Konkursverfahren immer komplexer werden. Zudem sind die konkursierten Gesellschaften immer öfter Teil einer internationalen Gruppe oder waren mindestens international tätig, sodass insbesondere ausländische (Schieds-)Gerichtsverfahren bewirtschaftet werden müssen, mit fremdsprachigen Gläubigern (oder Gläubigervertreter) kommuniziert und fremdsprachige Dokumente übersetzt und verstanden werden müssen. Dies führt zu einem erheblichen Mehraufwand in der Bearbeitung des jeweiligen Konkursfalles. Aus all diesen Gründen steigt die Anzahl der pendenten Konkursverfahren trotz guter Erledigungsrate dramatisch an.



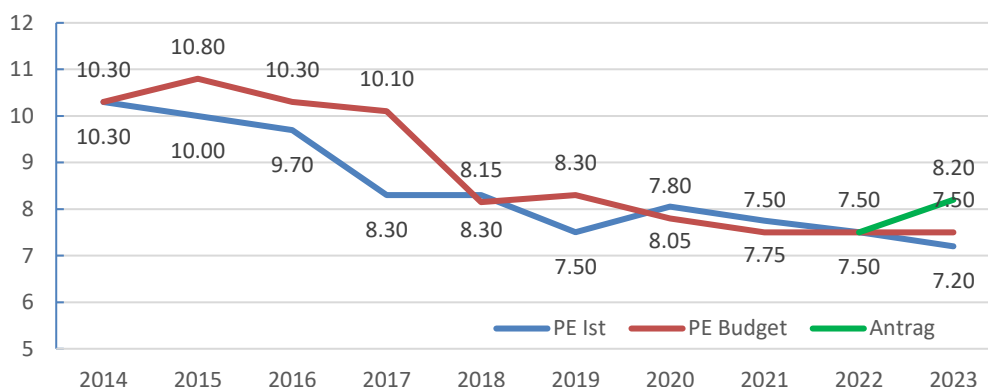
Dementsprechend hielt die Aufsichtsbehörde, das Obergericht des Kantons Zug, bereits in seinem Revisionsbericht zum Jahr 2021 fest, dass «das Konkursamt den gesetzlichen Auftrag nur teilweise zu erfüllen vermochte» und fügte an, dass «das Konkursamt zu prüfen [hat], ob mit dem gegenwärtigen Personalbestand mittelfristig die Konkursverfahren einwandfrei und ohne wesentlichen Verzögerungen bearbeitet werden können».

Das Konkursamt hat all die zusätzlichen Aufgaben stets mit Effizienzsteigerungen bewältigt und in den letzten zwölf Jahren nur gerade 2,65 Personalstellen zusätzlich erhalten. Im Durchschnitt betreuen die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter des Konkursamts derzeit je 107 pendente Verfahren. Damit das Konkursamt seinen gesetzlichen Auftrag erfüllen kann, ist eine Auslastung von 60 Verfahren pro Sachbearbeiter oder Sachbearbeiterin anzustreben und bewältigbar. Die derzeitige Situation führt zu einer übermässig hohen Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zunehmend an ihre Substanz geht. Diese hohe Zahl wirkt sich nicht nur auf die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter aus, sondern auch auf die übrigen Arbeitsbereiche (Sekretariat, Rechtsdienst, Buchhaltung, Amtsleitung).

Im Rahmen des Budgets 2023 hat das Handelsregister- und Konkursamt 5 neue Stellen beantragt. Im Budgetworkshop des Regierungsrates wurden diese 500 Stelleprozente auf 280 Stellenprozente gekürzt. Diese genügen jedoch nicht, da sich die Situation seither weiter stark verschärft hat. Es werden deshalb die fehlenden 220 Stellenprozente wiederum beantragt.

2. Direktionssekretariat Finanzdirektion (FDS)

Über die letzten Jahre wurde der Personalbestand des FDS kontinuierlich reduziert, dies auch vor dem Hintergrund der seinerzeitigen Sparprogramme aber auch im Rahmen des ständigen Auftrags, sparsam mit den Ressourcen umzugehen. Vereinzelt wurden Aufgaben auch abgegeben. Vom nichtausgeschöpften Personaletat wurde an andere Einheiten abgetreten. Dies war möglich dank Effizienzsteigerungen, vor allem aber auch weil die langjährigen Mitarbeitenden routiniert und gut eingespielt waren. Die nachfolgende Tabelle und Grafik vermitteln einen Überblick über die Entwicklung der Personaleinheiten (PE), wobei die vereinzelt Überbestände gegenüber dem Sollbestand stichtagsbedingt sind (Beispiel: kurzfristige Doppelbelegung im Rahmen der Nachfolge / Einarbeitung des Stawiko-Sekretärs):



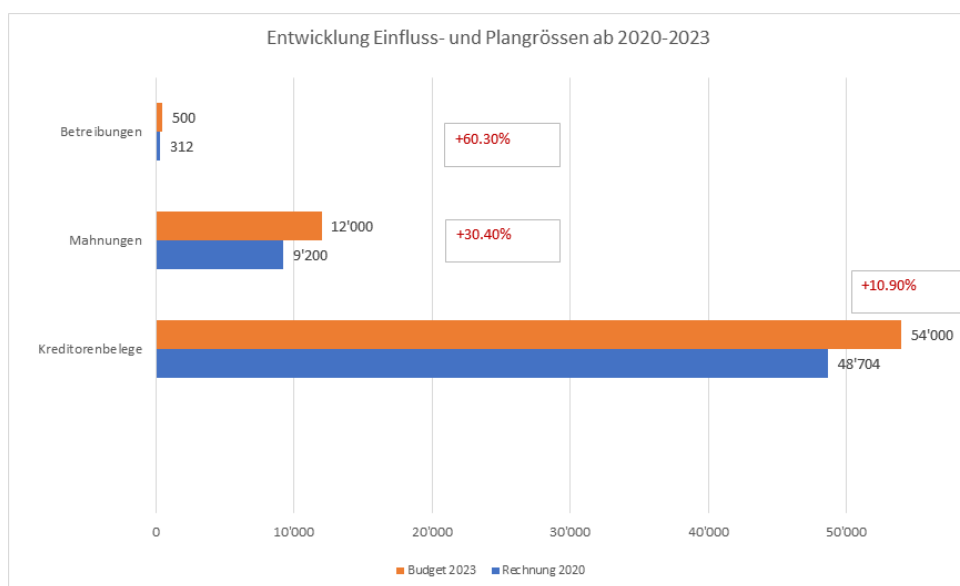
In der jüngeren Vergangenheit haben sowohl Umfang als auch Komplexität der Aufgaben des FDS zugenommen. Das Härtefallprogramm ist zwar offiziell abgeschlossen, doch stehen noch Nachbearbeitungs-, Kontroll- und Reportingaufgaben an, die das FDS die kommenden Jahre noch beschäftigen werden. Auch die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer dürfte bis mindestens 2024 Initialaufwand und danach wiederkehrende Aufgaben generieren. Aufgrund der volatilen geopolitischen Lage und der angespannten Finanzlage des Bundes sind weitere Aufgaben zu erwarten, die aktuell noch nicht abschätzbar sind. Ebenfalls hat der Abstimmungsbedarf mit dem Bund und anderen Kantonen zugenommen und damit die Einsitznahme in Fach- und Arbeitsgruppen.

Der mehrmonatige krankheitsbedingte Ausfall einer Mitarbeiterin und die Kündigung einer weiteren Mitarbeiterin führten zu Vakanzen, die erst per 1. Januar 2023 teilweise behoben werden können, allerdings nicht vollumfänglich. Da der Ökonom im FDS, der auch das Stawiko-Sekretariat führt, aufgrund zusätzlicher und erweiterter Aufgaben überlastet ist, und die fachliche Stellvertretung nicht gewährleistet ist, fehlen einerseits Kapazitäten und andererseits besteht im Falle eines Ausfalls ein Klumpenrisiko. Aufgrund der Aufgabenstruktur ist auch zusätzliche Projektleitungskompetenz gefragt. Mit einer 100-Prozent-Stelle könnten die Bedürfnisse abgedeckt und die Kompetenz im Bereich der Ökonomie gestärkt werden.

Aktuell sind 30 Stellenprozent nicht besetzt, somit benötigt das FDS netto 70 Stellenprozent für eine Vollzeitstelle.

3. Finanzverwaltung

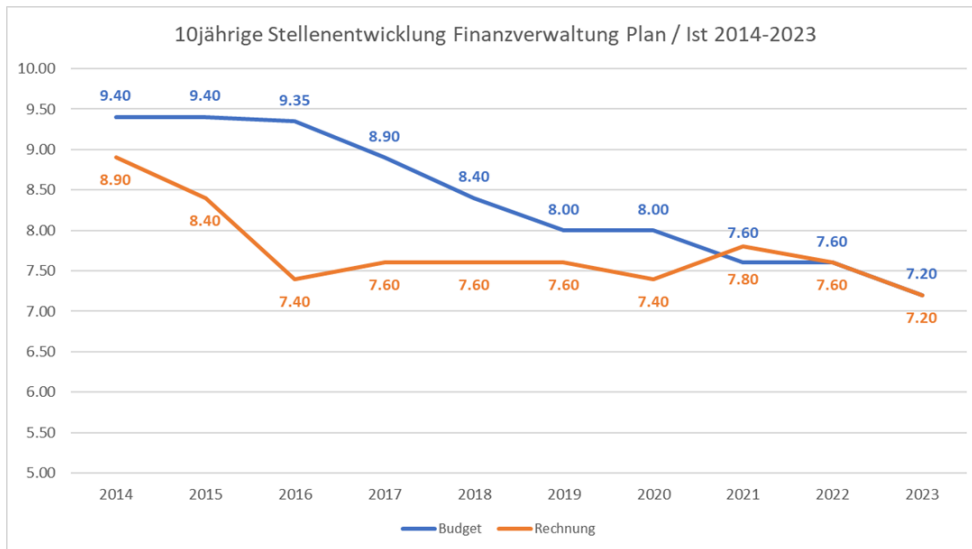
Die Arbeitslast bei der Finanzverwaltung hat in den letzten Monaten massiv zugenommen. Hauptgründe sind unter anderem das stetige Wachstum in der kantonalen Verwaltung und daraus folgend auch die hohe Zunahme für den fachlichen Support, die Mehraufwendungen bei der Verarbeitung der Gutschriftsanzeigen aufgrund der QR-Umstellung (keine Einzelbelege mehr, sondern Kontoauszüge was dazu führt, dass die Finanzverwaltung Buchungsbelege erstellen muss), sowie die erschwerte Zusammenarbeit mit dem IT-Lieferanten der Finanzsoftware (sehr schlechte Auslieferungsqualität aufgrund hoher Fluktuationen) und die ständig wachsenden Anforderungen an die Rechnungslegung. Nachfolgend die wichtigsten Entwicklungen aus dem Tagesgeschäft, nebst den erwähnten Punkten:



Im Jahr 2006 hatte die Finanzverwaltung 8,2 Stellen budgetiert. Heute, 16 Jahre später und bei einer Verdreifachung der Bilanzsumme und bei einer Zentralisierung der gesamten Kreditorenbelege, des Mahnwesens, des Betreibungswesens sowie Arbeitsübernahmen der Abteilung Projekte sind für das Budget 2023 aktuell 7,2 Stellen budgetiert. Der Stellenhöchstbestand in der Rechnung 2014 betrug 8.90 Stellen. Seitdem wurde wieder kontinuierlich abgebaut, da viele Automatisierungsprojekte abgeschlossen werden konnten. Die über Jahre anfallenden zusätzlichen Aufgaben und Arbeiten hat die Finanzverwaltung stets mit Effizienzsteigerungen bewältigt. Dies belegt auch die untenstehende Grafik. Mit den Stellen zeigt sich die Finanzverwaltung unter anderem für das gesamte Finanz- und Rechnungswesen inklusive Cash Management des

Kantons verantwortlich und leistet Fachsupport für alle Kantonsmitarbeitende und die Gemeinden. Der Support beansprucht von Jahr zu Jahr mehr Ressourcen (fluktuationsbedingt oder teilweise geringe Fachkompetenz vorhanden). Zudem ist die Finanzverwaltung für das ganze Versicherungswesen zuständig. Die Übernahme der genannten Arbeiten war nur dank Automatisierungen in den meisten Bereichen (Kreditorenworkflow, Controlling-Tools etc.) möglich. Aber auch Dank der geringen Fluktuation innerhalb der Finanzverwaltung, welche es den routinierten Mitarbeitenden ermöglichte, das steigende Volumen lange Zeit abzufangen.

Nachfolgend die Entwicklung der Personalstellen (letzte 10 Jahren):



Es zeigt sich nun, dass durch die genannten Umstände die Arbeitslast zu gross geworden ist. Zudem stehen weitere Projekte (Bankenworkflow, Update Finanzsoftware etc.) an. Die neue Stelle bietet der Finanzverwaltung somit auch die Chance, eine neue Kaderperson rechtzeitig aufzubauen und die Rollen intern neu zu mischen. Sollte sich zeigen, dass aufgrund von weiteren ausstehenden Projekten und den daraus resultierenden Automatisierungsmöglichkeiten zu einem späteren Zeitpunkt wieder Stellenprozente zurückgegeben werden können, wird dies selbstverständlich umgesetzt, wie dies auch in Vergangenheit getan wurde. Es werden 100 Stellenprozente beantragt.

4. Finanzielle Auswirkungen

4.1. Finanzielle Auswirkungen auf den Kanton

Die finanzielle Mehrbelastung gegenüber dem vom Regierungsrat am 6. September 2022 verabschiedeten Budget 2023 berechnet sich wie folgt:

Stellenbezeichnung	Stellen- prozent	Personal- aufwand
Volkswirtschaftsdirektion, Handelsregister- und Konkursamt: Juristische/r Mitarbeiter/in (Leitung Projekte + Informatik)	20	25'000
Volkswirtschaftsdirektion, Handelsregister- und Konkursamt: Sachbearbeitung Konkursamt	100	125'000
Volkswirtschaftsdirektion, Handelsregister- und Konkursamt: Sachbearbeitung Konkursamt	100	125'000
Finanzdirektion, Direktionssekretariat: Betriebswirtschaftliche/r Mitarbeiter/in	70	87'500
Finanzdirektion, Finanzverwaltung: Stellvertretende/r Amtsleiter/in Finanzverwaltung	100	170'000
Total	390	532'500

Für die Berechnung des Personalaufwands werden die standardisierten Jahreslohnansätze verwendet. Es ist davon auszugehen, dass die Stelleneintritte erst gegen Ende des 1. Quartals 2023 erfolgen werden. Deshalb wird der tatsächliche Personalaufwand 2023 tiefer ausfallen als vorliegend ausgewiesen.

Aus der vorliegenden Aufstellung ergibt sich folgende Finanztabelle:

A	Investitionsrechnung	2023	2024	2025	2026
1.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplante Ausgaben				
	bereits geplante Einnahmen				
2.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektive Ausgaben				
	effektive Einnahmen				
B	Erfolgsrechnung (nur Abschreibungen auf Investitionen)				
3.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplante Abschreibungen				
4.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektive Abschreibungen				
C	Erfolgsrechnung (ohne Abschreibungen auf Investitionen)				
5.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplanter Aufwand	0	0	0	0
	bereits geplanter Ertrag				
6.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektiver Aufwand	532 500	532 500	532 500	532 500
	effektiver Ertrag				

4.2. Finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden

Für die Gemeinden ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen aus diesem Beschluss.

5. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen folgende Änderungen im Budget 2023 beziehungsweise Finanzplan 2023–2026:

1. der Personalaufwand ist in den entsprechenden Ämtern – dem Handelsregister- und Konkursamt, dem Direktionssekretariat Finanzdirektion und der Finanzverwaltung – um 532 500 Franken im Budget 2023 und den Finanzplanjahren 2024–2026 zu erhöhen.

Zug, 25. Oktober 2022

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Martin Pfister

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart